

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 12. Mai 2010**

Im Zusammenhang mit dem deutschen Beitrag zum finanziellen Hilfsprogramm für Griechenland wurde zwischen der Bundesregierung und dem griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou nicht über Rüstungsverträge gesprochen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

45. Abgeordnete **Dr. Valerie Wilms** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung das von der EU-Kommission für die Mitgliedstaaten für das Jahr 2010 gesetzte Richtziel „50 Prozent umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen“ – gemäß der Mitteilung der Kommission KOM(2008) 400, bekräftigt vom Rat „Umwelt“ am 21. Oktober 2009 (14891/09) – umsetzen, und wenn nein, warum nicht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Otto vom 17. Mai 2010**

Die Bundesregierung wird ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen weiter fördern und dabei das für die Mitgliedstaaten für das Jahr 2010 gesetzte Richtziel von 50 Prozent im Auge behalten. Sie kommt damit dem Ersuchen des Rates „Umwelt“ in seinen Schlussfolgerungen vom Oktober 2009 nach (14891/09, S. 4). Eine Notwendigkeit zur Änderung des bestehenden Rechtssystems ergibt sich daraus nicht. In einem föderalen Bundesstaat wie der Bundesrepublik Deutschland kann jeder öffentliche Auftraggeber (auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene) bei Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes umweltbezogene Aspekte bei der Beschaffung von Waren, Bau- und Dienstleistungen einbeziehen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

46. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.) Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, dass das deutsche Arbeitnehmerüberlassungsrecht der im November 2008 beschlossenen EU-Leiharbeitsrichtlinie nicht entgegensteht (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 40, Bundestagsdrucksache 17/1248) vor dem Hintergrund der von der IG Metall identi-